

Erstein in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für 12 Nummern 1 M. 60 Pf. pro
Semester.
Monatlich-Abonnement
werden bei allen deutschen Verlags-
stellen auf den 1. und 15. Monat, und auf den
1. Monat besonders angenommen; im
Folge. Einzelne und halbjährliche
Abonnements auch auf den 1. Monat
zu 50 Centen à 54 Pf.
Inserate
für Veranlagungen in 10 Pf.,
für Veranlagungen in 10 Pf.,
für Veranlagungen in 10 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Telephon- und Buch-
handlungen des J. u. A. Verlages.
Hilfs-Expeditionen.
New York: E. J. Conner, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: J. G. 600 North
2nd Street.
J. G. 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: J. A. Conner, 215 Wash-
ington Str.
Chicago: J. A. Conner, 74 Clybourn Ave.
San Francisco: J. G. 418 O'Farrell Str.
London W. 1. G. Conner, 8 New Str.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 137.

Mittwoch, 21. November.

1877.

Die Grund- und Bodenfrage

wurde am 13. d. M. wieder einmal im preussischen Landtag behandelt, und natürlich so behandelt, wie wir es von dieser Körperschaft gewohnt sind. Den Anlaß bot, wie bei früheren Gelegenheiten, der Etat der Domänenverwaltung. Man wird sich erinnern, daß die liberale Majorität, unterstützt von allen, auch nicht liberalen, Elementen, die ein Geschäft dabei zu machen gedenken, auf Parzellierung der Domänen in der einen oder anderen Form hinarbeitet; und man wird sich ferner erinnern, daß die preussische Regierung diesem gemeinschaftlichen Streben Conzessionen gemacht und sich, wenn auch unter allerhand Clauseln, auf die schiefe Ebene der Domänenparzellierung begeben hat. Vorigen Dienstag wurde die Debatte von dem Abgeordneten Sombart eröffnet. Derselbe sagte:

„Als ich in der letzten Session die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Parzellierung der königlichen Staatsdomänen innerhalb des Regierungsbezirks Straßburg lenkte, erhielten wir von der Regierung die Erklärung, daß man diese Parzellierungen der schlechten Resultate wegen vorläufig habe sistiren müssen. Nun sehen wir jedoch, daß gerade im Regierungsbezirk Straßburg die Pachterträge gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen sind, und in den „Bemerkungen“ heißt es, daß daran die höheren Arbeitslöhne oder vielmehr die höheren Kulturkosten die Schuld tragen. Wir haben über die Gründe dieser Erscheinung schon in der vorigen Session ausführlich gesprochen. Im Regierungsbezirk Straßburg bestehen vom gesammten Grund und Boden 3-6 Proz. in Stadtluren, 16 Proz. fallen auf den kleinen Grundbesitz und der ganze Rest, also gegen 80 Proz., befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes. Es ist aber eine bekannte Thatsache, daß der große Grundbesitz auf die Dauer nicht so billig wirtschaften kann wie der Bauer. Daran ergibt sich für die Regierung die Pflicht, für eine Vermehrung des Kleingrundbesitzes in solchen Landestheilen zu sorgen, wo derselbe, wie in Westpreußen, vom Großgrundbesitz fast ganz verdrängt ist. Ich erkläre schon in der vorigen Session, daß wir die schlechten Resultate, welche die Regierung bei der Gründung der Bauerngüter erzielt, dem verkehrten Verfahren zuschreiben müssen, und ich machte mich anheischig, etwas Besseres an die Stelle zu setzen. Leider haben sich meine Versuche aus anderweitigen Gründen zerschlagen. Die Schwierigkeit liegt in der Gebäudefrage. Man muß die Gebäude mit parzelliren und den Bauernhöfen zuweisen. So viel vom wirtschaftlichen Standpunkte. Nicht minder wichtig ist der soziale, communale und politische Standpunkt. Wir stehen am Vorabend einer Landgemeindeordnung. Wie können Sie sich aber eine solche denken in einem Regierungsbezirk, in welchem es keine Landgemeinden giebt? Sodann erwägen Sie, daß die Stimmung der Zeit dahin geht, daß die Leute ihren eigenen Heerd haben wollen und dann lieber arbeiten und billiger arbeiten. Unsere ganze Organisation, unsere Staatsverfassung drängt dahin, ein communales Leben zu errichten. Auch das sind Gesichtspunkte, die den Gegenstand als im höchsten Grade wichtig erscheinen lassen. Ich würde nun, wie ich schon früher ausführte, das landwirtschaftliche Ministerium für geeigneter zur Verwaltung der Domänen halten als das Finanzministerium. Ich nehme jedoch Abstand, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, weil der Minister Friedenthal jetzt das landwirtschaftliche Ministerium nur als das kleinere, das Ministerium des Innern aber als das größere verwaltet. Ich möchte jedoch der Regierung im Allgemeinen die Frage ans Herz legen, ob es nicht zweckmäßig wäre, eine ganz selbstständige, mit größerer Machtbefugnis ausgestattete und nur aus wenigen Personen bestehende Commission, ähnlich der im Jahre 1817 errichteten Generalcommission, für diese Angelegenheit ins Leben zu rufen und dieser Commission die Auswahl der betreffenden Domänen und die Belegung derselben mit ländlichen Stellen zu übertragen. Lassen Sie mich noch einen landwirtschaftlichen Gesichtspunkt erwähnen, den ich für äußerst wichtig halte. Wir produziren seit Jahren in Deutschland weniger Getreide, als wir consumiren. Vor 30 Jahren führten wir noch aus und im letzten Jahre haben wir 34,000,000 Centner Getreide mehr ein- als ausgeführt, darunter 20,000,000 Centner Roggen. In allen dünnbesiedelten Distrikten jedoch wird nach meiner Ansicht noch so extensiv gewirtschaftet, daß man ein bedeutend größeres Quantum Getreide bauen könnte, wenn man Bauernwirtschaften einführt. Man läßt dort große Ackerstrecken brach liegen, um sie als Weideland für das Rindvieh zu benutzen; man überlegt jedoch nicht, daß man auf diese Art den Dünger verliert. Zur Stallfütterung fehlen da die Arbeitskräfte. Ich glaube, daß in dieser Hinsicht der Kleinbauer rationeller wirtschaftet. Ich wiederhole nochmals, daß es sich hier um eine der wichtigsten Fragen handelt, die jetzt der Regierung vorliegen, und ich bitte Sie deshalb dringend, verlernen Sie dieselbe nicht aus den Augen.“

So Herr Sombart. Ohne uns bei dem Nebenwärtigen seiner Ausführungen aufzuhalten, wenden wir uns sofort zu dem Kernpunkt. Herr Sombart, dem wir für seine höchst interessanten statistischen Aufschlüsse über die Grund- und Bodenverhältnisse des Regierungsbezirks Straßburg aufrichtig danken, geht von dem Satz aus: „daß der große Grundbesitz auf die Dauer nicht so billig wirtschaften kann, wie der Bauer.“ Wenn man ein beliebiger Birnbaum oder sonstiger Professor der theoretischen und praktischen Nichtwissenheit heute noch, im Jahre des Herrn 1877, von dieser „bekannten Thatsache“ erzählt, dann wundern wir uns weiter nicht; der Mann weiß es eben nicht besser — wir zuden einfach die Achseln. Allein Herr Sombart ist kein Birnbaum. Wie es um die theoretischen Kenntnisse des Herrn Sombart steht, das wissen wir freilich nicht, aber wir

wissen, daß er praktische Kenntnisse hat. Er ist selber Großgrundbesitzer (er treibt namentlich die Runkelrübenzucht im Großen) und hat als solcher die Erfahrung gemacht, daß der Großgrundbesitzer billiger wirtschaftet als der Kleingrundbesitzer. Wie der Abgeordnete Sombart dazu gelangt ist, den Großgrundbesitzer Sombart Lügen zu strafen, und dessen Erfahrungen einfach auf den Kopf zu stellen, das ist ein Räthsel, dessen Lösung wir dem Scharfsinn unserer Leser überlassen. Genug — der Satz, welchen der Abgeordnete Sombart als „bekannte Thatsache“ hingestellt hat, ist genau das Gegentheil dessen, was Erfahrung und Wissenschaft festgestellt haben, so fest, daß es für Jeden, der sich ernsthaft mit der Grund- und Bodenfrage beschäftigt, eine „bekannte Thatsache“ ist.

Ein Blick auf die vergleichende Statistik der Grund- und Bodenverhältnisse von England und Frankreich genügt schon, um jeden Zweifel zu beseitigen. Bei aller Placerei des französischen Parzellenbauern übersteigt der Bodenertrag Englands, wo der Großgrundbesitz herrscht, den französischen Bodenertrag pro Acker um sechsundsechzig Proz., und in England verrichten beim Ackerbau zwei Menschen die Arbeit, zu welcher in Frankreich sieben erforderlich sind. Und dabei ist der Boden in Frankreich durchschnittlich fruchtbarer als in England. Das sind „bekannte Thatsachen“, an denen nur ein Ignorant zu rütteln versuchen kann. Eine „bekannte Thatsache“ ist ferner, daß der Kleingrundbesitz in unserem Deutschland sich in der jämmerlichsten Lage befindet, und, durch die Concurrenz des Großgrundbesitzes zu Boden gedrückt, seinem ökonomischen Untergang mit Riesenschritten entgegensteht. Es bedarf keines besonderen Studiums der Grund- und Bodenfrage, um dies zu begreifen. Man braucht bloß die Grundzüge der Nationalökonomie zu kennen. Daß der Großproduzent billiger produziert als der Kleinproduzent, weiß nachgerade jedes Kind, und jeder kleine Handwerker, dem der Fabrikant den Strich um den Hals gelegt hat, weiß auch warum. Was aber von der Produktion auf industriellem Gebiete gilt, das gilt auch von der Produktion auf dem Gebiete der Landwirtschaft, die ja, genau genommen, nur ein Zweig der Industrie ist und von denselben wirtschaftlichen Gesetzen beherrscht wird, wie die Industrie im engeren Sinne des Wortes.

(Schluß folgt.)

Aus Hamburg.

— 14. November.

— „Da ich verreist war, habe ich Ihnen seit längerer Zeit keinen Bericht einsenden können. In Nr. 134 des „Vorwärts“ befindet sich ein dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ entnommener Bericht über einen Vortrag, den Herr Julius Schulze im liberalen Hamburger Reichstagsverein am 5. d. M. gehalten hat. Ich glaube, daß Sie den Mann allzu ernst nehmen. In Folge des Berichts fühlte ich mich nämlich veranlaßt, am 12. d. M. mit Hilfe eines guten Freundes, der zugleich, wenn auch kein Verdrüssener, ein Reichsfreund ist, dem zweiten Vortrage des Herrn Schulze beizuwohnen. Aufrichtig gesagt, es hat mir sehr leid gethan, daß ich dierhalb Zeit und Opfer gebracht habe; als Entschädigung will ich über den Vortrag einige Worte schreiben.“

Das Thema lautete: Einige besonders wichtige Spezialgebiete der Sozialwissenschaft. Von allem Anderen sprach Herr Schulze, nur nicht über das Thema — gerade als ob er an den berühmten Ausspruch eines eine Versammlung auflösenden rheinischen Gensdarmen gedacht hätte: „Hier darf vom Thema nicht gesprochen werden!“

Die der Redner es nun fertig brachte, um sein „Thema“ herumzukommen, dafür nur einige Beispiele. Herr Schulze meinte, die Sozialdemokratie behaupte, daß alle vorhandenen Mängel, Uebel und Mißstände ihren Ursprung 1) in dem Mangel an Moral, 2) in dem Mangel an genügender Kenntniß, 3) in der ungenügenden Produktion, 4) in einigen in unserer Zeit mit besonderer Stärke hervorgetretenen Umständen hätten. Und an diese seine „sozialdemokratischen“ Thesen biß sich der Mann fest, zerrte sie hin und her, und er so wenig als das Publikum merkte, daß solche „Behauptungen“ gar keine sozialdemokratische sind. Von einer ungenügenden Produktion hielten sich der edle Herr wohl zu sprechen, von einer gerechten Verteilung der Produkte schien weder er, noch auch seine Sozialdemokratie etwas zu wissen. — Dann sagte der brave Vortragende, daß Lassalle's Lehre vom „ehernen Lohngezet“ den Vorwurf der größten sozialen Unsitte verleihe. — Wichtig ist, daß das „eherne Lohngezet“ selbst die größte soziale Unsitte ist, die den Menschen zur Waare herabwürdigt, und daß derjenige, der auf diese Unsitte aufmerksam macht, der dieses unsittliche Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit lösen will, auf der höchsten Höhe der sozialen Sittlichkeit sich befindet.

Derjenige aber, Herr Julius Schulze, — verstehen Sie mich recht — der solchen tief unsittliche Abhängigkeits- und Lohnverhältnisse beibehalten will, und sei er sonst noch so christlich-fromm, der leidet der „größten sozialen Ungerechtigkeit“ Vorwurf und mußte nach Ihrem Glauben einige hundert Jahre länger in der Hölle braten, als jeder andere gewöhnliche Sünder. Sie sehen also, daß Ihnen über diese Ihre, nicht Lassalle's, Unsitte selbst Ihr Christenthum nicht fortkommt.

Zum Schluß aber sprach Herr Schulze ungefähr folgende Worte: „Wir leben als Kinder unserer Zeit in einer besonderen Gedankenwelt. Franzosen, Nordamerikaner und Chinesen haben aus einandergehende Vorstellungen und ist daher unsere geistige Entwicklung sicher noch einer namhaften Entwicklung fähig. Während es der größte Vorzug des menschlichen Geschlechtes ist, alle Kraft an diese Entwicklung zu setzen, ohne sich des zu erreichenden Zieles klar bewußt zu sein, behauptet der Sozialismus,

ganz genau zu wissen, wie, wenn er an die Herrschaft gelangt, sich die Zukunft des Menschengeschlechtes gestalten wird. Eine größere Absurdität giebt es nicht.“

Ja, gewiß! Eine größere Absurdität giebt es nicht, als dem Sozialismus fortwährend Unwahrheiten in die Schuhe zu schieben. Wie oft hat der „Vorwärts“ behauptet, daß die Zukunftsmaerei wohl interessant und geistigfördernd sei, aber keinen Anspruch habe auf Wissenschaftlichkeit und auf besondere Beantwortung. Das Alles weiß Herr Schulze nicht, er kennt weder die sozialistischen Forderungen, noch die sozialistischen Anschauungen — möge er sich doch nur die Mühe nehmen, die „Quintessenz des Sozialismus“ von Schaffke zu lesen, dann wird er, wenn er ein ehrlicher — nicht bloß „christlicher“, Herr Schulze, Sie verstehen mich — Mann ist, nicht solche Absurditäten sprechen, wie er es am 12. d. M. in der Aula des Schul- und Museumsgebäudes zu Hamburg gethan hat. — — —

Der hiesige Gastwirthsverein hat die Errichtung eines Untersuchungsamts für Lebensmittel beschlossen und wird einen Verein hierzu gründen. Die ersten Kosten will der Gastwirthsverein selbst tragen. Es ist namentlich der Zweck, daß die Krämer, Fleischer, Weinbändler u. in ihrem eigenen Interesse dem neuen Verein beitreten, und sollen die Firmen vierteljährlich veröffentlicht werden. — Der Plan ist gut, wenn man nur nicht den Bod zum Gärtner macht.

Noch will ich Ihnen das historische Ereigniß mittheilen, daß in unserer Nachbarstadt Altona der Vorstand des national-liberalen Vereins zu einer Generalversammlung eingeladen hatte, daß aber dieselbe nicht abgehalten werden konnte, weil außer den 7 Vorstandsmitgliedern nur 3 Vereinsmitglieder sich eingefunden hatten. Sie sehen, daß unsere Gegner in Altona ihr Pulver schon verpufft haben, bei uns in Hamburg sind sie jetzt a la Julius Schulze fest dabei, dasselbe gleichfalls zu verknallen.

Schließlich hier so gut dort: großer Reichthagswahlarm, etwas Knallerei, etwas Rauch und dann — der Philister zieht die Schlafmütze über die großen Ohren, wie es auch hier ist. Währenddessen erstarkt unsere Partei mehr und mehr, man räumt fast überall ihre Verehrung ein.

Wenn es Ihnen lieb ist, werde ich ab und zu Berichte aus Hamburg einsenden.“

Die Corruption.

(Aus Amerika.)

Wir haben nachstehend alle Fälle von Corruption zusammengestellt, welche eine Zeitung (die „New Yorker Sun“) an einem einzigen Tage mittheilte (12. Oktober). Wir haben diese Zeitungszusammenfassung Gerathewohl herausgegriffen, zweifeln aber nicht, daß die Anzahl der Fälle an diesem Tage nicht größer als an einem andern war.

San Francisco, 11. Oktober. Hr. Duncan, Präsident der Pioneer Bank (eben verschwunden) hat kürzlich sein Leben für 90000 Doll. versichert. Man glaubt, er habe Selbstmord begangen. Die Bank soll zahlungsunfähig sein.

Washington, 11. Oktober. Fünf Bundessteuer-Einnahmer haben drei Whiskeybrennereien bei Morgantown in Nordcarolina auf, welche die Reichsteuer hinterzogen haben. Sie werden dabei alle durch die im Busche versteckten Kapitalisten menschlerlich durch Schiffe verurundet und der Wegweiser wird später aus seiner Wohnung geholt und ermordet.

Washington, 11. Oktober. Der Bundes-Landbeamte Williamson in San Francisco berichtet hierher an das General-Landamt, daß er ausgedehnte Betrügereien entdeckt habe und vor Gericht zu ziehen ermächtigt sein möchte. Es handelt sich um Fällung von Bäumen auf Bundesland durch große Eisenbahn- und andere Compagnien, welche gewerbsmäßig in größten Maßstabe betrieben worden sei und noch werde. In einem Falle handle es sich um zwanzig Millionen Dollars, in einem anderen um drei Millionen, in einem dritten um zwanzig Millionen. Die Zahl der weniger ansehnlichen Holzdiebstähle soll sehr groß sein.

Cincinnati, O., 11. Oktober. Bei einer Neuwahl der Direktoren der Ohio und Mississippi-Eisenbahn wurde von den New Yorker Aktionären die regelmäßig erfolgte Wahl nachträglich durch eine andere Protest-Wahl umzustossen versucht, um die Bahn zu fesseln.

Bound Brook, N. J., 11. Oktober. Eine Bande Pferdediebe, welche aber bloß Vollblutpferde stiehlt, und deren in einer Nacht vier von verschiedenen Rädern gestohlen hat, wird von den vereinigten Farmern der Umgegend bis zu einem unzugänglichen Sumpfe verfolgt, ist aber noch nicht erwischt worden.

Hoboken, 11. Oktober. Der Stadtkämmerer, der einen Fehlbetrag von 70,000 Doll. in Kasse haben soll, wird vor Gericht gestellt, bekommt aber Aufschub der Verhandlung, weil seine Beweismittel noch nicht fertig sind.

Editoriell (Redaktionell). Der eben brandigte Indianerkrieg mit den Nez Perces hat dreihundert Menschenleben auf beiden Seiten der Weißen allein und viele Millionen Dollars Bundesausgaben und an zerstörtem Eigenthum gekostet. Es war ein ganz ungerechtfertigter Krieg, den die Weißen vom Jann gebrochen hatten, um die stets friedlichen Nez Perces von ihren rechtmäßigen Ländereien zu vertreiben.

Editoriell. Die „New Yorker World“ wird beschuldigt, von einer britischen Unternehmungsgesellschaft bestochen zu sein, welche mit dem Schibide von Aegypten einig geworden ist, für 100,000 Doll. den bekannten Obelisk, Kleopatras Nabel genannt, der zum Ge-

*) Ist uns sehr angenehm.

Redaktion des „Vorwärts“.

schent für Amerika bestimmt ist, zu befördern. Eine amerikanische Unternehmungsgesellschaft hatte dem Ägide einen viel billigeren Transport versprochen.

Editoriell. John Sherman, Minister des Präsidenten Hayes, und Karl Schurz werden beschuldigt, die Bundesbeamten in Washington besteuert und zum „Stumpen“ in Ohio befohlen zu haben, im Widerstreit mit Hayes' bekannter Order, und der Finanzminister Sherman sagt selbst, daß er in Ohio „gestumpft“ habe, anstatt seines Amtes zu warten.

Editoriell. Es werden Beweise beigebracht, daß der Regener-Präsident Robert Smalls von Südkarolina im Jahre 1873 den größten Theil der Summe von 525,000 Dollars gestohlen habe, welche die Regener-Präsidentschaft in der Staatsgesetzgebung, jeder mit 5000 Dollars bestochen, für Staatsdruckerarbeiten verwilligt haben.

Editoriell. Es wird ein Brief des Richters J. J. Baschal von Texas mitgeteilt, welcher den Verdacht bestätigt, daß Präsident Grant corrupte Pläne verfolgte, als er die Republik San Domingo an die Union zu annektieren und den Mayor Raymond W. Perry auf bloße Vorwände hin unschädlich zu machen suchte, weil dieser dem Senator Chas. Sumner das Geheimnis mittheilte.

New York, 11. Oktober. Ex-Senator Tweed setzt vor dem Untersuchungsausschuß seine Geständnisse fort, in welcher Weise und mit Hülfe welcher Diebe er von 1860—72 die Stadt um etwa hundert Millionen Dollars bestohlen habe. Man lernt eine neue Anzahl mit schuldiger Beamten und Gesetzgeber kennen.

New York, 11. Oktober. Die 1866 eingefetzte Behörde, welche die Matrosen-Arbeitsverhältnisse lizenzierte und beaufsichtigen soll, damit die armen Matrosen von diesen Schwindlern nicht bestohlen werden, hat in diesen elf Jahren mehr als 10,000 Dollars an Lizenzgebühren eingenommen und meist als Gehälter unter sich vertheilt, wozu sie nicht berechtigt war. Ein Untersuchungsausschuß von Schiffseignern hat dies ermittelt, sowie daß sie keine der ihnen auferlegten Pflichten dafür erfüllt haben.

New Orleans, 11. Oktober. Die Louisiana-Wahlfälscher werden doch noch zur Strafe gezogen werden können, da der Supreme Court des Staates entschlossen mit diesem Falle vorgeht. Dadurch wird möglicherweise das Recht des Präsidenten Hayes auf sein Amt entschieden.

Washington, 11. Oktober. Der Verdacht, das Patent-office-Gebäude sei in Brand gesteckt worden um Beweismittel für die Corruption des Grant'schen Kabinetts zu vertilgen, erhält sich hartnäckig im Umlauf.

New York, 11. Oktober. Canby S. Aldrich wurde gestern von Brooklyn nach Philadelphia ausgeliefert. Er ist aus angesehener Familie und ein bisher unverdächtig Geschäftsmann, soll aber seinem Bruder geholfen haben 11,500 Doll. zu stehlen und zu hehlen.

Baterson, N. J., 11. Die Großgeschworenen klagen den Schatzmeister und zwei Direktoren der Merchants Loan u. Trust Comp. einer Unterschlagung von 20,000 Doll. an. Sie werden gegen Bürgschaft freigelassen.

Damit ist die Liste der großen Schwindelereien, verübt von Kapitalisten und ihren Vertrauenspersonen geschlossen. Daneben werden noch etwa ebensoviel kleinere Diebstähle, Schwindelereien u. s. w. mitgeteilt, aber natürlich nur jene geringe Zahl, die auf New York und Umgebung entfallen und von der gewöhnlich sogenannten „Verbrecherklasse“ ausgingen. Für einen einzigen der 314 Wochentage im Jahre gewiß eine große Zahl, und bei welcher es sich um sehr beträchtliche Summen handelt; schwerlich aber ist dieser eine Tag darin ausnahmsweise bevorzugt. Wir sind so daran gewöhnt, uns mit solchen Proben der Corruption gerade unserer besten Gesellschaft überschüttet zu sehen, daß wir gar nichts Besseres mehr erwarten. Wir sehen nicht, daß diese massenhaften täglichen Vorkommnisse das Gewissen der Nation schärfen, einen Sturm des öffentlichen Unwillens erregen, oder anders denn als „pitante Veltüre“ hingenommen würden. So weit ist es gekommen mit unserer Republik, wenn man unsern Staat noch so nennen darf!

Die fittliche Fäulnis, welche die herrschende Klasse in so furchtbarer Ausdehnung ergriffen hat und nach unten hin ein so verderbliches Beispiel giebt, ist jedoch nicht auf Rechnung des amerikanischen Volkscharakters zu setzen. Sie ist in Europa schwerlich geringer. Nur hängt man dort nicht alle solche Anzeichen der Corruption auf die große Glosse. Wir sind überzeugt, daß, falls wir wirklich mehr und ärgere Corruptionsfälle als Europa für eine gleiche Kopizahl aufweisen, nichts als die Schrankenlosigkeit schuld ist, mit welcher bei uns der Kapitalismus herrscht, sowie die Straflosigkeit, welche er sich für seine Verbrechen verschaffen kann.

Wir fragen uns voll Verwunderung: Kann dies noch lange so fortbauern?

Ueber die Zustände des modernen Theaters.

Von E. v. G.

(Schluß.)

So wird, um von vielen Beispielen eins herauszugreifen, dem Künstler in Momenten der persönlichen Noth sein Contract in der stillen Voraussehung gekündigt, daß der Künstler um ein „billigeres“ arbeiten müsse, und im verzweifeltsten Augenblicke, den Fuß schon halb auf der Straße zum Elend, befinnt sich der „Menschenverkäufer“ und — arbeitet billiger, und wie in der Industrie, so in der Weininger „Dramatischen Fabrik“ — je größer die Profitrate des Unternehmers, desto niedriger und elender die — Arbeitslöhne; oder was sagt man dazu, wenn auf der einen Seite die Weininger Direktion in einer deutschen Provinzialstadt innerhalb eines Monats gegen 60,000 Mark vereinnahmt, und zählt andererseits unter ihrer Truppe circa 20 Künstler, welche nur eine Monatsgage von — 50 fl. subd., ja einige sogar nur 30 fl. beziehen? Und noch sind diese armeneligen Gagen nicht voll der Armen Eigenthum, denn da kommen erstens die Agentenprovisionen — von 5—10 Proz. variierend und so lange als der Künstler lebt monatlich zahlbar — und sodann die Strafen und Steuern — letztere pränumerando fällig — zum Abzug!

Damit diesem „rentablen“ Theaterunternehmen auch nicht das Tipfelchen über dem i fehlt, um es als ein großindustrielles Unternehmen erscheinen zu lassen, sei auch des Fabrikanten-Eunismus gedacht, der sich den „Bühnenkräften“ gegenüber breit macht; oder ist es nicht Eunismus, wenn die materielle und intellektuelle Leiterin der Bühne, die frühere Schauspielerin und jetzige Frau von Hofstätten — die zur linken Hand dem Herzog angetraute Gemahlin — einer jungen Künstlerin auf ihren Vorkurs, sie könne mit dem geringen Gehalte unmöglich auskommen, die schleunige Antwort gab: „Ich (die ehemalige Fürstl. Raitresse) bin mit meiner Gage stets ausgekommen.“ — Es wäre aber verwunderlich, wenn einem so musterhaften rentablen Kapitalunternehmen die „Fabrikordnung“ — jenes moderne Gesetz zur Beschränkung der Freiheit des Individuums — fehlen sollte; in

Wir fragen unsere Gegner, so viele deren nicht selbst ein Interesse am Fortbestand der Corruption haben: Wißt ihr ein durchgreifendes Mittel, um eine entschiedene Wendung zum Bessern zu bewirken, außer einer allgemeinen Auffassung der Stimmung, besonders aus der ehrlich arbeitenden Klasse um eine Partei der Arbeit zu bilden und durch diese den Kapitalismus abzuschaffen? Sind nicht alle die oben berichteten Corruptionsfälle gesetzmäßige Früchte jener Gesellschaftsordnung, die kein oberstes sittliches Prinzip hat, sondern den Zufall heiligt, welcher es den Wenigen möglich macht, auf Kosten der Vielen (der misera contribuens plebs) zu leben und zwar herrlich und in Freuden zu leben?

A. D.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Im preussischen Abgeordnetenhaus wird eine Interpellation über den Belfonds (Reptilienfonds) stattfinden. Bei dieser Gelegenheit weist die „Frankfurter Zeitung“ auf die Entstehung dieses Fonds hin. Das lequestrirte Vermögen des Königs Georg bestand exclusive des für ihn reservierten Inventars der Schloßer aus 40 Millionen Mark in preussischen Staatspapieren. Diese bildeten den zur Zeit der Beischlagnahme noch nicht ausgelieferten Theil der mit 48 Millionen Mark dem König Georg in dem 1867 abgeschlossenen Verträge zuerkannten Abfindung. Die Einnahmen von jenen 40 Millionen betragen jährlich gegen 1,800,000 Mark. Hiervon wird eine halbe Million an Verwaltungskosten des Sequestrators für die Schloßer verbraucht. Der Rest von gegen 1,300,000 Mark würde dem Kapital zu wachsen müssen, wenn nicht in dem bekannten Beischlagnahme-Gesetze der Regierung die Ermächtigung erteilt worden wäre, diese Revenuen auch zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten zu verwenden. Die Regierung vertritt nach wie vor die Anschauung, der sie vor längerer Zeit bei Beantwortung der Interpellation des Grafen Schulenburg im Herrenhause Ausdruck gab, daß an eine Herausgabe des Fonds an den König Georg so lange nicht gedacht werden könne, bis derselbe eine lokale Haltung gegen die Krone Preußen angenommen haben werde. — Wie allgemein verlautet, wird die Regierung die Interpellation gar nicht beantworten. Das wäre allerdings nicht sehr respektvoll dem Hause gegenüber, aber das Resultat bliebe dasselbe, da die Resolution, welche die Herausgabe oder eine andere Verwendung des Fonds verlangt, von den Liberalen des Landtags nicht angenommen wird. Dieselben würden ja sonst in Verlegenheit kommen, womit sie ihre Reptilien füttern sollten, da diese interessanten Thierchen doch um keinen Preis ausserden dürfen. Und würde die Resolution durch irgend eine zufällige Majorität doch angenommen, nun, so handelte die Regierung einfach nicht danach. So liegt die Geschichte.

— „Das Pentagramma macht dir Pein?“ Mit diesen Worten Goethe's (Faust, erster Theil) fragte die „Magdeburgerische Zeitung“ den Abgeordneten für Magdeburg, den sie später noch oft genug angegriffen hat, den Herrn Lasfer, seinerzeit, als er plötzlich in seinen Gründerverfolgungen. Die Redaktion der „Magdeburgerischen Zeitung“ hatte damals nämlich den Gründervernichtungskrieg erklärt, weil dies Mode war, nicht aus Ueberzeugung, sondern lediglich um der Zeitung mehr Abonnenten zu verschaffen. Als Lasfer, dem sie bis dahin Hoerfolge geleistet hatte, nun plötzlich in seinem Kampfe inuethielt, da pöste es der Magdeburgerin nicht und sie griff Herrn Lasfer und ihre eigene Partei an, indem sie den „Faust“ citirte und von dem Pentagramm sprach, welches dem Lasfer-Mephisto den Weg verlege zum weiteren Fortschreiten in der Gründervernichtung. Mit dem Pentagramm meinte sie natürlich die Gründer in der liberalen Partei selbst. — Am 15. d. M. citirte nun im Abgeordnetenhaus der liberale Abgeordnete v. Ludwig obigen Ausspruch der „Magdeburgerin“ bei der Staatsberatung, Posten: Staatsanwaltschaft. „Das Pentagramma macht dir Pein?“ — Lasfer, ganz wüthend, erwiderte und warf den Herrn v. Dieß. Daber, dann den bekannten Gründervernichter Blagau und — die „Magdeburgerische Zeitung“ in einen Verleumdungsfall. Die „Magdeburgerische“ hat jetzt trotz dieser Lasfer'schen Insulte, weil es Mode geworden ist, die Gründervernichter anzugreifen und zu verleumden, und weil dies gegenwärtig mehr Abonnenten schafft, den Spieß umgedreht und schießt nach Blagau u. c., erklärt das „Pentagramm“ für einen launigen Scherz und hebt Lasfer'schen, „dem das Pentagramma Pein macht“, auf den Schiß. Man hat also in diesem Leiborgan der Herren Sybel, Rehring, v. Unruh und Genossen ein überaus schmutziges Reptil vor sich. Ueber die interessante Gründervernichtung im preussischen Abgeordnetenhaus selbst berichten wir in der nächsten Nummer.

— Der Stieber geht wieder um. Die Wiener „Neue

Freie Presse“, die frühere Vertreterin Bismarck's, welche aber jetzt, nachdem Subsidien nicht mehr gezahlt werden, antibismarckisch geworden ist, läßt sich von ihrem Brüsseler Correspondenten, der von gewisser Seite ohne Wissen der Redaktion repulstirt zu werden scheint, folgendes Ruducksei in ihre Spalten legen:

„Die Sicherheitsbehörde hier in Brüssel ist in nicht geringer Verlegenheit mit den auf Andringen des Fürsten Bismarck verhafteten beiden Sachsen (Erlede und Mundt). Weber dem Einen noch dem Andern kann irgend ein Vergehen oder Verbrechen zur Last gelegt werden, das ihre Inhafthaltung in irgend einer Weise rechtfertigt. Daß der ehemalige Buchhändler aus Halle an der Saale, der bis Juni 1877 in Zürich lebte, bereits von dort aus mit der Berliner Presseleitung in Unterhandlungen zum Verkauf von 10 Manuscripten stand, deren Veröffentlichung man um jeden Preis zu Berlin hintertreiben wollte, steht fest. Die Angelegenheit war bereits so weit gediehen, daß der preussische Legationsrath v. Stein hier im „Grand Hotel“ zu Brüssel einen Contract abgeschlossen hatte, den der Professor der Stenographie, der zweite Inculpat, gegen den sonst gar nichts vorliegt, stenographisch abgeschrieben, als man in Berlin auf die Kunde, daß die Schriften in Paris einen Abnehmer gefunden, die Verhaftung beider Individuen beantragte, und dies namentlich, weil der Ex-Buchhändler die Verfasser der Schriften nicht nennen will. Da die besagten Manuscripte sein Eigenthum und von ihm bezahlt worden sind, wie er angibt, so ist dies nicht einmal der Schein eines Vergehens. Es wurde den jetzt fast seit drei Wochen in Haft befindlichen Inculpanten denn auch vergeblich mehrmals angeboten, sie nach einer beliebigen Grenze zu escortiren und dort in Freiheit zu setzen; beide verlangen vor das Gericht gestellt zu werden und drohen mit einer Indemnitätsklage wegen ungesetzlicher und nicht gerechtfertigter Freiheitsberaubung.“

Dies ist das Ruducksei in den Spalten der Wiener „Neuen Freien Presse“.

Der Buchhändler Erlede hat sich schon längst in die sozialdemokratische Partei eindrängen wollen, doch wurde er bald erkannt. Die Brochüren, die er von Zürich aus (Librairie internationale) in die Welt setzte, wimmelten von Hochverrath und Majestätsbeleidigungen; die deutsche Polizei mußte es merkwürdiger Weise immer schon vorher, wenn ein Ballen solcher Brochüren in einer deutschen Stadt ankam und confiscirte dieselben natürlich; zu lesen brauchte den Schund Niemand, es kam lediglich darauf an, daß er da war, und einzelne Auszüge genügten, dem staunenden Volke die großartigen Unternehmungsverfälschungen gegen das deutsche Reich vor Augen zu führen. Daß man die Sozialdemokratie und nichtkluge Personen anderer Parteien nun mit dem Erlede und den betreffenden Brochüren in Verbindung brachte, war natürlich und verschiedene liberale Zeitungen haben auch dahin gehende Andeutungen gemacht. In einer solchen Brochüre wurde offen die Bundesgenossenschaft der deutschen Südstaaten mit Frankreich empfohlen und zwar mit der Hintedeutung, daß in Frankreich diese Idee schon vielfach besprochen und die volle Souveränität für die süddeutschen Staaten gewährleistet werde. — Als einige Sozialdemokraten die betreffende Stelle in der Brochüre lasen, riefen sie entrüstet aus: „Wir sind gegen den Krieg von 1866, gegen den Bruderkrieg gewesen und bekämpfen jetzt noch die Hegemonie Preußens, aber einen neuen Bruderkrieg anzetteln zu wollen vom Süden aus, das wäre schamhaft, wenn die ganze Geschichte nicht zu dumm wäre.“ — Daß es dem Fürsten Bismarck angenehm ist, wenn durch solche Brochüren das Gespenst des „Erbeindes“ immer noch erhalten wird, weil das rothe Gespenst nicht so recht wegziehen will, damit die Spießbürger und Liberalen immer mehr abhängig von seiner Person werden, das liegt auf der Hand — deshalb glauben wir auch, daß es Freunde des Fürsten sind, die solche Subelwerke schreiben oder schreiben lassen, deshalb glauben wir, daß es auch ein Freund von Bismarck war, der die vaterlandsverrätherischen „10 Manuscripte“ des Herrn Erlede entdeckt hat und die Nachricht von denselben auf den öffentlichen Markt schleppte. Und wie lieb wird es Bismarck sein, wenn diese 10 neuen Brochüren, deren Verfasser der famose Erlede natürlich nicht nennt, gerade in Paris gedruckt werden. Die Verhaftungscommodie der Herren Erlede und Mundt war nothwendig, damit nicht jeder hinter die Karten sehen sollte.

Je häufiger und gräufiger der „Erbeind“ jenseits der Bogen und der „Erbeind“ diesseits derselben dem deutschen Reich vorgeführt wird, desto geduldiger läßt er alle Steuer- und Freiheitsbegnungen des herrlichen deutschen Reichs über sich ergehen und desto mehr beharrt er in dem Glauben, daß Bismarck ein großer Mann, der einzige Mann sei, der die „Erbeinde“ besänftigen könne.

Daß die Gespensterfurcht noch wirkt, ist aber ein trauriges Zeichen für den Bildungsgrad des liberalen Spießbürgers.

der That ist auch diese in der Form eines Theatergesetzes vorhanden. Wie in der Fabrik die absolute Herrschaft in der Fabrikordnung, so ist in diesem Theatergesetz die Herrschaft des Weininger „Kapitalisten“ verfürpört, und so wenig als in der Fabrikordnung der Arbeiter als Mensch, so wenig ist in diesem Gesetz der gebildete Künstler als Mensch behandelt, denn nicht genug, daß dieses Fabrik-vulgo Theatergesetz außer dundendweisen Entlassungsandrohungen Geldstrafen in Fälle verhängt, werden selbst Gefängnisstrafen mehrfach angedroht. Die Verbrechen, auf welche jene schmähhlichen Strafen gesetzt sind, sind natürlicherweise nur „Verbrechen gegen den Kapitalismus“. Verleugung des Anstandes gegen den Vorgesetzten! — Wer soll da nicht lachen? In der That, daß der Fabrikant seinen Arbeitern nicht bieten, das wird sich auch nicht der einfältigste Mensch bieten lassen und nun gar ein — Künstler, ein Menschenverkäufer! — Aber nicht genug, daß Strafen bis 5 fl. ohne Widerspruch hinzunehmen sind, hat der „Kapitalist der rentablen Kunst“ gebildeten Männern einen Paragrafen zu bieten gewagt, den wir schwerlich in einem Strafgesetze finden. Man erinnert sich noch des sogenannten „Haß- und Verachtungsparagrafen“, den i. J. der Strafantragsteller ein gross Bismarck ins Strafgesetzbuch zu haben wünschte, den ihm aber selbst die Prima-Cunaden Deutschlands, die Liberalen nicht zugehen wollten — dieser selbe Paragraf, nur auf beschränktere Verhältnisse angewandt, gilt den Mitgliedern der Weininger Forbühne als Abschreckungsmittel. § 2 des Theatergesetzes dieser Gesellschaft birgt die Androhung „sofortige Entlassung für das Bestreben, gegen die Anordnungen des Vorstandes aufzureizen!“ Außer vielen anderen Strafsandrohungen enthält dieses Theatergesetz nicht weniger denn 55 Geldstrafen-androhungen. 55 gefährlicher Klippen, an denen gar leicht einmal die ganzen Subsidienmittel eines Monats hängen bleiben können. In § 7 finden wir für „ungünstige Bemerkungen über getroffene Anordnungen“ 5 fl. Strafe angedroht; dies jedenfalls in der Absicht, Klagen der Mitglieder in der Öffentlichkeit zu vereiteln.

Gegenüber diesem eben so frechen als feigen Vergewaltigungssystem darf es nicht Wunder nehmen, wenn die persönliche Ach-

tung der Künstler unter sich, desgleichen die persönliche Selbstachtung auf das denkbar bescheidenste Maß herabgedrückt wird, wie andererseits die Degradation des Künstlers durch die persönliche Gewalt keineswegs zu einer gehobenen Stimmung beiträgt, denn was darf beispielsweise der Künstler sagen, dem — wie geheißen — bei Gelegenheit einer Theaterprobe, als er den nöthigen Stod auf die Bühne zu bringen vergesse, seitens des „künstlerliebenden“ Herzogs der „hoheitliche“ Stod mit Kraft nachgeschleudert wird? Soll er Er. Hoheit sagen, daß dieselbe mit dem Stode zugleich die „Hoheit“ mit hinweggeworfen, oder soll er ihr sagen, daß — doch für derartige Widerspenstigkeiten ordnet das famose Theatergesetz Gefängnis und Entlassung an. So wie mit dieser Bühne, so ist es mehr oder weniger mit allen modernen Bühnen; je toller der Menschenverkäufer — der, mit Aristoteles zu reden, durch die Darstellung der Leidenschaften auf den Brettern unsere Leidenschaften „reinigen“ soll — vor den Rampen lachen muß, desto ingrimmiger möchte er hinter den Coulissen weinen, denn persönliche Vergewaltigung, Geldstrafen, Gefängnisstrafen und Mißbrauch seiner Arbeitskraft stellen ihn dem Proletariat gleich. Der darstellende Künstler ist heute Proletariat, er muß es sein, oder die Kunst wäre nicht in den Dienst des Kapitals getreten. Während aber der Proletariat der Industrie durch Erkenntnis seiner Interessen mittels einer, allen Gegnern Achtung abtönenden Organisation in den großen Kampf gegen das Kapital einmüthig eingetreten, läßt sich das Gleiche vom dem Proletariat der Kunst leider nicht sagen. Es ist eine traurige Wahrheit, daß noch heute die Mehrheit dieser von falschen Gefühlen geleiteten „freien Künstler“ nicht den Muth hat, sich einzugeben, daß sie nur Sklaven des Kapitals, und daß sie gleiche Interessen mit dem großen Proletariat der Industrie haben, daß auch ihre Zukunft einzig und allein in den Zielen der Sozialdemokratie gewährleistet ist.

— Wieder ein Justizmord. Die „Südd. Post“ meldet: „Kürzlich ist aus dem Justizhause in der Ku ein Mann entlassen worden, der acht Jahre unschuldig in demselben gesessen hatte. Ein Dienstnach-

Das schweizerische Fabrikgesetz soll nach einem Konferenzbeschluss des National- und Ständeraths mit dem 1. Jan. 1878 in Wirksamkeit treten, jedoch die Strafbestimmungen (Art. 19) mit Rücksicht auf Art. 11 (Normalarbeitszeit), Art. 13 (Nachtarbeit und ununterbrochener Betrieb) und Art. 16 (Kinderarbeit) erst mit dem 1. Mai 1878 anzuwenden. Wenn immer möglich soll bis Neujahr noch das in Art. 5 lit. d. geforderte Regulatorium erlassen, d. h. diejenigen Industrien bezeichnet werden, die erwerbsmindernde und gesundheitlich gefährliche Krankheiten erzeugen, auf welche die Haftpflicht ausgedehnt ist. So kämen mit dem 1. Januar 1878 die Vorschriften zum Schutz der Arbeiter (Art. 2), über die Einrichtung von Fabriken (Art. 3), die Haftpflicht in ihrem ganzen Umfange (Art. 4—6) die Fabrikordnung (Art. 7 und 8), den Vertragsbruch (Art. 9), die Lohnauszahlung (Art. 10), die Sonntagsarbeit (Art. 14), die Beschäftigung der Frauen in den Fabriken (Art. 15) zur Anwendung, während für Einführung der Elftundenarbeit, die Anwendung der Vorschriften über Nachtarbeiten und über Verwendung der Kinder bis zum 1. Mai 1878 Frist gegeben und inzwischen die vom Gesetz geforderten Reglemente erlassen würden. — Inzwischen suchen sich die Fabrikanten durch Arbeitsentlassung von Arbeitern, die für das Fabrikgesetz gestimmt haben, nach Möglichkeit für die Niederlage zu rächen, die sie am 21. Oktober erlitten haben. Die „Tagwacht“ zählt mehrere solcher Fabrikfirmen auf, denen die Uebersetzungsfähigkeit der Arbeiter hinreichend Grund war, sie dem Elend und Hunger preiszugeben. Es ist das nicht zu verwundern, denn gesinnungslumpig, wie die Bourgeoisie geworden ist, verachtet oder verfolgt sie die Gesinnungsfähigkeit der Arbeiter je nach dem Grade, wie deren Betätigung ihren Interessen gefährlich wird.

In Paris hitzige Redeschlachten der „Republikaner“ gegen Mac Mahon. Wenn eine Regierung sich durch den Wind kräftig bewegter Lungenflügel wegblasen ließe, dann hätte der Marschall allerdings seine Sache verloren. Sine malen das aber nicht der Fall ist, befindet er sich vollkommen wohl — ebenso wohl wie Bismarck während der Konfliktzeit. Oder richtiger noch wohlher, denn die preussische Fortschrittspartei hatte damals das ganze (politisch lebende) Volk für sich, während die Herren Republikaner das kämpfende Volk, das Volk der Kommune gegen sich haben. Unsere „liberale“ Presse, der die verzweifelte Ähnlichkeit der jetzigen Situation in Frankreich mit der Konfliktzeit in Preußen aufzudämmern scheint, fängt an zu begreifen, daß der Sieg der „Republikaner“ doch nicht ganz so sicher und leicht ist, als sie sich eingebildet hatte. Die „Nationalzeitung“ nennt die Annahme der Greyschen Resolution (Niederlegung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Regierungsbahnmittel) eine „Donquixoterei“, was allerdings zutreffend ist. Mac Mahon hat die Gewalt in Händen, Mac Mahon hat, da der Senat zu ihm steht, das Gesetz auf seiner Seite, wenn er am Platz bleibt — ergo bleibt er und, gleich Heidenreichlein, müssen die „Republikaner“ „es eben leiden“. Ein tapferer Sanguinist glaubt in einer Steuerverweigerung das unfehlbare Mittel gegen den Marschall entdeckt zu haben, und stellt sie in nächste Aussicht. Wah! Die Zeiten Hampden's, d. h. der revolutionären, thatkräftigen und thatfähigen Bourgeoisie sind vorbei: die verzweigten Epigonen von 1848 hatten zwar in Berlin die Kühnheit, die Steuerverweigerung zu dekretieren, erschrafen dann aber so heftig vor ihrer eigenen Kühnheit, daß sie Emissäre in die Provinz schickten, welche dem Volk zu sagen hatten: „Nehmt unseren Beschluß nicht ernst! Bezahlt ruhig, aber mit Protest.“ — das Gewehr ist zwar bloß blind geladen, es könnte aber doch losgehen! Und 15 Jahre später, da waren sie noch mehr verzweifelt und brachten es, trotz Jacoby's Drängen, nicht einmal zu der blind geladenen Flinte. Der Einzige, welcher den Rath Jacoby's befolgte und die Sache ernst nahm, war Reichenbach-Biden, kein „Republikaner“, aber ein Republikaner (ohne Gänsefüßchen) und Sozialdemokrat. Die „Republikaner“ in Frankreich sind aber genau von demselben Holze geschnitten wie unsere deutschen Epigonen, und haben obendrein kein so einmütiges Volk hinter sich.

Zur Heilung etwaiger Schwärmer, die aus Verliebtheit in das Wörliche Republik sich noch Illusionen hinsichtlich der Gen. Gambetta und Genossen hingeben sollten, sei hier bemerkt, daß besagter Gambetta bei seiner letzten rednerischen Vorlesung erklärte: das (unsern Lesern bekannte) sozialistische Programm der pariser Arbeiter sei von Jedem geschrieben, welche der Minister des Innern begab. Herr Gambetta sollte wissen, daß dies eine Anklage ist, die bewiesen werden muß, — wenn anders der Urheber sich nicht zum christlichen Verleumder stemeln will. Weiter ist charakteristisch, daß — bei derselben Gelegenheit — auf den Zwischenruf eines Mac Mahonisten: „Aber für die Kommune seid ihr verantwortlich!“ von der gesamten Linken mit stiller Entrüstung die Kommune verleugnet und

aus Friedberg wurde seiner Zeit von den Geschworenen des Erschießens eines Revolverjägers schuldig gesprochen und darauf zu 16 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Die Hälfte dieser Strafe hat er verbüßt. Vor kurzem kam der wirkliche Mörder zum Sterben und gestand, daß der Verurtheilte unschuldig sei.“ Und noch immer giebt's keine Entschädigung für unschuldig verurtheilte Häft!

In Oera ist die egyptische Augenkrankheit ausgebrochen. Sie hat immer größere Ausdehnung gewonnen. Es sind außer dem Gymnasium und der Realschule auch noch die Handelsschule und die Bürgerschulen geschlossen worden; aus der Realschule allein sollen 200 Schüler von der Krankheit betroffen sein.

War die Haft oder der Schrecken über dieselbe schuld? Aus Kosten wird dem „Kurier Poznański“ geschrieben, daß die wegen Zeugnisverweigerung am 10. d. verurtheilte Vorsteherin der dortigen barmherzigen Schwestern, Morawska, am 12. d. wegen schwerer Erkrankung wieder freigesprochen worden ist. — Wir wollen hierzu nur bemerken, daß, man mag über das Pfaffenhum und die Pfaffenerei denken, wie man will, gerade die „barmherzigen Schwestern“ überall, wo sie aufgetreten sind, bei der Krankenpflege mit großer Selbstopferung segensreich gewirkt haben. Dies den Culturlämpfern in's Album.

Bekanntmachung. Der Redakteur Herr Rudolph Benjamin Seiffert hier ist aus Anlaß der Veröffentlichung der in der diesjährigen Nummer 66 der Zeitschrift „Vorwärts“ unter der Ueberschrift: „Wenn Einer eine Kette thut, dann kann er was erzählen“ wegen öffentlicher Verleumdung des Herrn Polizeidirektor Dr. Käder hier in Beziehung auf seine amtliche Thätigkeit auf Grund § 185 des Reichsstrafgesetzbuchs zu 60 Mark Geldstrafe und Tragung der Untersuchungskosten rechtskräftig verurtheilt worden, was in Gemäßheit des § 200 des gedachten Gesetzbuchs antragsgemäß hiedurch bekannt gemacht wird. Leipzig, den 10. November 1877.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht daselbst.
Abtheilung II. B.
Vieler. Dr. Kändler.

den Beschimpfungen der Gegner preisgegeben wurde. Und für die Leute sollen wir uns ins Zeug legen? Der Nebstrom, in dem sie jetzt schwimmen, wird sich verlaufen und sie mit wegspülen.

Eine Fälschung. Wir lesen in Bourgeoisblättern: „Das 3. Kriegsgericht von Paris verhandelte gestern gegen einen Mitgeschädigten der Brandstiftungen der Commune, den 50jährigen Föderitenhauptmann Pierre. Derselbe befehligte, als die verfallenen Truppen siegreich durch den größeren Theil von Paris vorgezogen waren, in der Vorstadt Billeste. Er wies dort allenthalben eine von Delescluze unterzeichnete Ordre vor, welche wörtlich lautete: „Commune von Paris! Alles ist verloren. Brennt, brennt, brennt!“ Demgemäß leitete Pierre selbst den Transport der Petroleumfässer, mit welchen die großen Docks und Mauthgebäude von Billeste, sowie einige anstoßende Privathäuser niedergebrannt wurden. Auch sonst werden ihm zahllose Gewaltthaten zur Last gelegt. So hat er einen eifässigen Arbeiter, Namens Kuppert, wie dieser zeugeneidlich aus-sagt, durch die Drohung, ihn sonst zu fesseln, gezwungen, zwei Stunden lang an einer Barrikade in der Rue d'Allemagne mitzuwirken. Auf der anderen Seite kann sein Vertheidiger als mildern Umstand die Thatfache beibringen, daß Pierre auf dem Westbahnhofe einem Stadtschergenanten, den die Föderiten erschießen wollten, das Leben gerettet hat. Pierre, der schon kurz nach der Bewältigung des Aufstandes dem Sieger in die Hände gefallen, aber aus der Haft entwichen und erst im August d. J. wieder ergriffen worden war, wird zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit verurtheilt.“

In obigem Bericht ist nichts wahr, als daß die französischen Ordnungsbanditen einen neuen Justizmord begangen haben. Die angebliche Ordre von Delescluze ist eine infame Fälschung — vielmehr von demselben Lumpen verfaßt, der Herr durch die verächtliche gefälschte Ordre den Kugeln der Versailles Standrechtsmörder überlieferte und jetzt wegen Fälschung im Zuchthaus sitzt.

Die sozialistische Bewegung in Nordamerika macht fort und fort die erfreulichsten Fortschritte. So z. B. gaben die Arbeiter von Baltimore bei der im vorigen Monat erfolgten Mayors (Bürgermeister)wahl über 17,000 Stimmen für ihren Candidaten ab, und in Burlington (Vermont), wo der bürgerliche Mayor mit 100,000 Dollars auf und davon gegangen war, gelang es den Arbeitern sogar, in der Person des Schriftführers Woodward ihren Candidaten durchzubringen. Man bedenke dabei wohl, daß die sozialistische Bewegung in Nordamerika sich erst in ihrem Anfangsstadium befindet; geht es mit den Erfolgen so fort, und an energischen Anstrengungen, neue zu erringen, fehlt es nicht, dann wird der Sozialismus in Nordamerika in nicht zu ferner Zeit eine Macht bilden, mit welcher der übermüthige kapitalistische Rob zu rechnen haben wird.

Genosse Bollinger aus Dessau hat am 13. November eine Gefängnißhaft von 6 Monaten angetreten. Die 6 Monate erhielt Bollinger, weil er in einer Versammlung am 3. Mai 1876 die Ehrentz Gottes abgelehnt hatte, denselben aber auch gelästert haben sollte. — Der Redakteur des Münchener „Zeitgeist“, Genosse Kohleder, hat am 14. November eine ihm zuerkannte mehrwöchentliche Gefängnißhaft angetreten. An Stelle Kohleder's hat Genosse Sigmund Poliger die Redaktion des „Zeitgeist“ übernommen.

An die Parteigenossen!

Durch die Zeitungen macht eine Erklärung des Herrn Dr. E. Dühring die Runde, in welcher genannter Herr sein Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie bespricht und unter anderem behauptet, daß die in Folge Congressbeschlusses (siehe Protokoll des Sozialdemokratischen Congresses in Gotha 1877, Seite 57, 58 und 59) ins Leben gerufene sozialistische Revue „Zukunft“ „auf seine (Dühring's) Sache und seinen Namen“ hin in Gang gebracht werden sollte. Dasselbe behauptet Dühring von einer angeblich seitens der Sozialdemokratie ins Leben zu rufenden „freien Universität“.

Wir können dagegen auf das bestimmteste erklären, daß seitens der Partei als solcher und ihrer berufenen Vertreter auch nie entfernt daran gedacht wurde, die „Zukunft“ mit dem Namen und der Sache des Herrn Dühring zu identifizieren oder Herrn Dühring zum Vortheil derselben auszunutzen zu wollen.

Wenn Herr Dühring seitens der Redaktion der „Zukunft“ zur Mitarbeiterschaft eingeladen wurde, so ist zu bemerken, daß dasselbe mit allen anderen sozialistischen oder der sozialistischen Sache geneigten Gelehrten und Schriftstellern geschehen ist.

Wenn deshalb Herr Dr. Dühring der Meinung ist — der er in seiner Erklärung mit der ihm eigenen Verschidenheit Ausdruck giebt — daß die Sozialdemokratie in ihm den ihr fehlenden „Kapitalisten des Geistes“ gesucht hat, so befindet er sich im großen Irrthum.

Von einer seitens der Sozialdemokratie geplanten „freien Universität“ ist uns nichts bekannt und dürfte der Plan hierzu nur das Produkt einiger sozialistischer Schwärmer für Dühring sein.

Die Behauptung des Herrn Dühring, daß die Sozialdemokraten „ihn in ihren Dienst nehmen und ausnützen“ wollten, ist also einfach unwahr, und Herr Dühring ist nicht im Stande, einen einzigen Beweis dafür zu erbringen, daß dies von irgend einer hiezu berufenen Seite geschehen sei. Welche Pläne einzelne Personen, die mit der Leitung der Partei absolut nichts zu thun haben, Herrn Dühring gegenüber in ihrem Uebereifer entwickelt haben, kann hier nicht in Betracht kommen. Wir wissen nichts von solchen Plänen.

Herr Dühring hat innerhalb der sozialdemokratischen Partei Deutschlands keine Anhänger und Gegner. Keiner aber findet sich unter uns — das behaupten wir lähn —, der zu dem schmutzigen Manöver die Hand geboten hätte, dessen Dühring uns in seiner Erklärung zeigt.

Wenn heute einzelne sozialdemokratische Organe ihrer Enttäuschung über Herrn Dühring in etwas harten Worten Ausdruck geben, so bedauern wir dies, und sind wir in dieser Beziehung der Meinung, daß es mehr am Plage gewesen wäre, früher weniger überschwänglich zu loben und heute weniger hart zu tadeln. Dühring ist geblieben was er war; getäuscht haben sich nur seine Anhänger.

Hamburg, 17. November 1877.

Das Centralwahlcomité
der sozialistischen Arbeiterpartei.

Correspondenzen.

Berlin, 18. Oktober. Die „Volkszeitung“, der Dr. Dühring seine „Erklärung“ geschickt hatte, veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Herr Dr. Dühring hat eine Erklärung veröffentlicht, in welcher unrichtige Angaben in Betreff seiner Betheiligung an der sozialistischen Zeitschrift „Die Zukunft“ sich vorfinden. Er hat keineswegs „von vornherein jede Betheiligung an derselben abgelehnt“, sondern als er seiner Zeit zur Mitarbeiterschaft aufgefordert wurde, weder eine bestimmt zusagende, noch eine ablehnende Antwort gegeben. Herrn Dr. Dühring in dieser Zeitschrift eine leitende oder nur besonders hervorragende Stellung einzuräumen war niemals beabsichtigt. Von einer „Ausnützung“ desselben und ihm zugemutheten „advokatorischen Fälschungen“ kann um so weniger die Rede sein, als er selbst sich in seinen Schriften unweifelhaft zum Sozialismus bekannt hat, und als die wissenschaftliche Vertheidigung des Sozialismus Fälschungen in keiner Weise bedingt. Die Redaktion der „Zukunft“.

Bremen, 15. November. Montag den 12. d. M. hatten wir hier Gelegenheit, unseren Genossen Geib aus Hamburg in einer von nahezu 2000 Personen besuchten Versammlung sprechen zu hören. Auf der Tagesordnung der Versammlung standen folgende Punkte: 1) Die Schlachthausfrage, Referent Genosse Reiffers; 2) Die Kampfmittel der Sozialdemokratie und ihrer Gegner, Referent Geib. Nach dem Vortrage Reiffers wurde die Schlachthausfrage durch Annahme einer Resolution erledigt, in welcher die Errichtung von Schlachthäusern unter umfassender Kontrolle der Fleischproduktion verlangt wird. Nach Erledigung dieses Gegenstandes verbreitete sich Geib über den zweiten Punkt der Tagesordnung. In äußerst klarer und faßlicher Weise erörterte der Redner das Wesen des sozialen Kampfes, welcher der stets wachsenden Ungleichheit des Besitzes und ihrer politischen und sittlichen Folgen entziffert. Die Erbitterung, mit welcher er geführt werde, begründete sich einerseits in der zunehmenden Erkenntniß über seinen endlichen Ausgang und andererseits durch die auf gegnerischer Seite gebrauchten Mittel und die tatsächliche Rechtslosigkeit, in die man die Kämpfer auf der Seite der sozialen Revolution als angebliche Feinde des Staates versetze, und endlich durch die erkenntliche Verschlimmerung der Volkslage. Der Redner führt zur Erläuterung der Ungerechtigkeit der heutigen Besitzverhältnisse Zahlen auf, welche der englische Statistiker Barton aufgestellt hat, und erörtert alsdann die Mittel, welche von den Gegnern der Sozialdemokratie gegen sie in's Feld geführt werden, zeigt, wie man anfangs die Bewegung ignorierte und belächelte, wie man dann zur böswilligen Verächtlichung der Sozialisten als Feinde jeden Eigentums, der Ehe, der Familie und der Religion griff, und stellte die Stellung der Partei zu jedem dieser gesellschaftlichen Institute fest. Der gewaltigen Wucht der politischen Macht ihrer Gegner, die im Militarismus den Schutz suchen und in einer 4000 Organe zählenden Presse die Agitation gegen die Sozialisten betrieben, stände das Proletariat mit der Waffe der Verbreitung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und einer mit allen Mitteln der mündlichen und schriftlichen Aufklärung betriebenen Agitation gegenüber. Diese werde es herbeiführen, daß die Bourgeoisie in dem Militarismus ihr eigenes Grab auswerfe. Man müsse sich auf sozialistischer Seite mit dem Erregungen nicht begnügen, sondern nach weiteren Erfolgen streben. Der Kreis müsse erweitert werden, die ihn bildenden aber sich enger aneinander-schließen. Dieser mit lebhaftem Beifall aufgenommene Vortrag beschloß die Versammlung.

Stolz (in Pommern). „Wann wird es in Pommern hell werden?“ Mit dieser Frage endete eine mit H. D. gezeichnete Correspondenz aus Stettin in Nr. 114 des „Vorwärts“, und wenn irgend eine Frage gerechtfertigt erscheinen muß, so ist es diese. Man sehe sich um in dieser fruchtbaren Provinz! Reiche Forsten, äppige Felder, frische Flüsse und Seen, herrliche Viehzucht, das Alles ist vorhanden, aber trotzdem findet man auch wieder ein Proletariat, wie es bedürftiger kaum gedacht werden kann. Man gehe in die Dörfer und auf die Güter der reichen Krantjunker und sehe sich die Wohnungen der Tagelöhner, die Schlafstellen der Knechte an, und man wird staunen über die Pöcher, die man dort als Wohnungen bezeichnet. Die Arbeitsverhältnisse sind gleichfalls die denkbar schlechtesten. Man sehe sich einmal die Contrakte dieser Tagelöhner an, und man wird mit Recht sagen können, daß diese Leute, obgleich rechtlich frei (d. h. vogelfrei), dennoch häufig schlimmer daran sind, als der Leibeigene des Mittelalters. Schulen für die Kinder sind zwar auch vorhanden, aber wie sieht es mit denselben aus? Sehr viele von den Lehrern sind so erbärmlich dotirt, daß sich zu diesen Niemand findet, der auf dem Seminar seine Prüfung bestanden hat, sie werden daher von Präparanden (Knaben im Alter von 15—18 Jahren) verlesen; was aber unter solcher Leitung gelernt werden kann, mag sich Jeder selbst sagen. Katechismus, Bibel und Gesangbuch nehmen den ersten, Geschichte, im boursiffigsten Sinne vorgetragen, den zweiten Platz ein, erst dann folgen etliche andere Lehrgegenstände in dem Unterrichtsplan. Unter solchen Verhältnissen ist es denn wahrlich kein Wunder, daß der hiesige Tagelöhner und Knecht hinsichtlich der Schulbildung sehr schlimm dran ist. Wie niedrig das Niveau des Wissens hier ist, dafür mag ein Vorkall sprechen, der in den Hallen der heiligen Themas seinen Abschluß fand. Ein jüdischer Handelsmann, Guther Seelig, aus einem Dorfe bei Stolz, wurde wegen Betrugs zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt, und dieser Betrug bestand darin, daß er einem Tagelöhner oder Knecht eine fünfthaliger Note für eine solche zu zehn Thalern aufgeschwindelt hatte, nachdem er demselben vorher plausibel zu machen gewußt, daß dieser Schein den doppelten Werth habe, weil zweimal die Zahl fünf auf demselben zu lesen war.

Anschließend an dies Beispiel sei hier auch gleich die Bemerkung gestattet, daß es fast ausschließlich Juden sind, die in den Dörfern Hinterpommerns den Krämer und Gastwirth (dort Kräger genannt) abgeben, und meistens flücht auch das Geld, welches der Tagelöhner und Knecht verdient, in die Tasche jener Leute, die ihn gewöhnlich auf die schamloseste Weise überwerthen; bleiben dem gerupften Tagelöhner dann noch einige Pfennige übrig, so gehört es keineswegs zu den Seltenheiten, daß diese der Pflasse zu irgend einem pietistischen Zweck erhält. Letztere, überhaupt geistige Anregung irgendwelcher Art, sind Bedürfnisse, die der pommersche Tagelöhner nicht kennt; hat er sich satt gegessen, dann hat er nur noch ein Bedürfnis, und dieses Bedürfnis ist Spiritus, gemeiner Kartoffel-Spiritus, den er in einer Stärke von 75—80 Prozent am liebsten und in großen Quantitäten konsumirt.

Wenn man sich dies Alles vergegenwärtigt, dann wird man es auch begreiflich finden, warum Pommern bis jetzt fast ausschließlich die Domäne der Conservativen ist. Die Landbevölkerung giebt bei den Wahlen den Ausschlag, und diese ist vollständig in den Händen jener Herren und weiß oft die Wichtigkeit der Wahl nicht nur nicht zu schätzen, sondern sie weiß oft auch gar nicht, um was es sich handelt. In den meisten Fällen werden die wahlberechtigten Tagelöhner und Knechte nach dem Wahllokale geführt und jedem Einzelnen bedeutet, er möge den Bettel, den er von dem Inspektor oder sonst einer Vertrauensperson erhält, nur in der Stube bei dem „Herrn“ abgeben; das wird denn auch gethan und, wie gesagt, häufig weiß Niemand,

daß er forden eines der wichtigsten Staatsbürgerlichen Rechte ausübt hat. Zur Zeit der letzten Reichstagswahl fürchte eine Anekdote, über die viel gelaßt wurde, die aber als durchaus glaubwürdig bezeichnet werden kann. Ein Rutscher im Kreise Rügenwalde richtete nämlich, nachdem er seinen Bettel an den Wahlvorsteher abgegeben hatte, an diesem die naive Frage: „Arree? id denn soot Antwort?“ (Weshalb ich auch Antwort?) Wie gesagt, man hat viel über diese Anekdote gelaßt, die, selbst wenn sie nur erfunden wäre, und daran zweifelt Schreiber dieses, doch den Nagel auf den Kopf trifft, insofern nämlich, als sie das oben Behauptete der Wahrheit gemäß bestätigt.

Soviel vom Landproletariat!
In den Städten sieht es aber auch nicht viel besser aus, denn die städtischen Arbeitgeber, mögen sie sich nun Handwerksmeister oder sonstwie nennen, gleichen in mehr als einer Beziehung den gutbesitzenden Krantjüngern. Nicht allein, daß der Arbeiter, sei er nun Geselle, Gehilfe, Arbeitsmann u., über die Häufel angehen wird, es machen sich diese Spießbürger auch häufig so ein Stück Vormundhaft über „ihre“ Arbeiter an, und wehe dem Arbeiter, der sich etwa beikommen ließe, gegen diese Vormundhaft opponieren zu wollen oder etwa nicht Alles für gut zu finden, was der Arbeitgeber in seiner hohen Weisheit zu bestimmen für gut fand. Der Arbeitgeber würde dem Betreffenden auf das Weitläufigste auseinanderlegen, daß nicht nur er (der Arbeitgeber), sondern auch sein Vater und sein Großvater es noch viel schlimmer gehabt hätten, daß er ein sehr „humaner“ Mensch sei und nur im besten, wohlverstandenen Interesse des Arbeiters gehandelt habe, wenn er dies so oder so angeordnet habe; und am Abend, wenn er mit noch ein paar Kollegen Spießbürgern den landesüblichen Schafkopf spielt, dann würde er erzählen von der „Unbotmäßigkeit“ der „Unverschämtheit“ und „Unzufriedenheit“ der Arbeiter, Gebatter Ping würde ihm sekundieren und Gebatter Kunz durch Kopfnicken seine Einverständnis bekunden.

Das ist der sogenannte und vielgerühmte patriarchalische Zustand, welcher unter der Herrschaft der Faust zwischen Meister und Gesellen bestanden haben soll, denn wohlverstanden, erst in den letzten Jahren beginnt die Großproduktion in Pommern sich Eingang zu verschaffen, und Gewerbefreiheit und sonstige, dem Kunstzunge zu nahe kommende Gesetze standen bis vor ganz kurzer Zeit und theilweis heute noch nur auf dem Papiere.

Sehen wir uns nun diese Verhältnisse etwas näher an!
Was jedem in Pommern Fremden sogleich auffällt, ist die lange Arbeitszeit, im Sommer gemeinhin um 5 Uhr beginnend und häufig bis 8 Uhr Abends und noch länger dauernd, im Winter um 6 Uhr Morgens beginnend und wiederum bis 8 Uhr Abends, häufig aber auch bis 9 oder 11 Uhr dauernd (namentlich bei Schuhmachern oder Schneidern), wird dem einzelnen Arbeiter häufig nur die zum Eßen durchaus nöthige Zeit gelassen: ist der letzte Bissen in den Mund gesteckt, dann geht es auch schon wieder an die Arbeit. — Der Lohn ist, wie man sich nach dem Vorhergesagten wohl denken kann, ein äußerst geringer, so daß derselbe kaum hinreicht, die allerding nur geringen Bedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen.

Die Wohnungsverhältnisse des städtischen Arbeiters sind nur um wenig besser als die des ländlichen. Gewöhnlich wird „beim Meister logirt“. Aber dieses Logis besteht in der Regel aus einem Gelaß, das man zu anderen Zwecken nicht verwenden kann oder mag.

Allein es wird und kann nicht immer so bleiben. Schon führen sich, wenn auch langsam, die alles revolutionirende Großproduktion und der Fabrikbetrieb auch in Pommern ein; Arbeiter aus anderen Provinzen, die unter ein wenig glücklicheren Verhältnissen aufgewachsen sind und denen das Gefühl für Menschenrecht und Menschenwürde noch nicht abhanden gekommen ist, finden in immer größerer Zahl in Pommern Beschäftigung, und ist auch der Boden rau und hart, sie werden jenen Armen und Elenden auch das Evangelium des Sozialismus lehren, sie werden ihnen zeigen, daß sie dasselbe Recht an die Güter der Erde haben wie ihre Unterdrücker, und — wenn diese Lehre auch im Anfang auf heftige Opposition stoßen, wenn man auch von Seiten der herrschenden Parteien verfahren wird (wie es thatsächlich schon geschehen, man denke nur an das Versammlungsverbot von Seiten der Polizeiverwaltung in Gollnow), der Ausbreitung unserer Lehren Hindernisse über Hindernisse finden Weg zu werfen, endlich wird doch auch hier die Erkenntnis von der Richtigkeit der sozialistischen Lehren zum Durchbruch gelangen und dann wird auch die Frage: Wann wird es auch in Pommern hell werden? ihre Beantwortung finden.

Die ersten Anzeichen dafür sind schon vorhanden. Wir zählen in Stettin und Stargard schon eine ganze Zahl von Parteigenossen, in anderen Städten, wie z. B. hier in Stolp, haben sich schon innerhalb der verschiedenen Vereine Oppositionsparteien gebildet, die, zumeist aus Arbeitern bestehend, nicht mehr im bloßen Dunkel hinter den Spießbürgern hermarschieren, sondern schon selbst ihre Forderungen geltend machen, und, obgleich diese meist keine Sozialisten sind und von der Lehre des Sozialismus fast nicht die geringste Ahnung haben, merkwürdiger Weise das Prinzip der Gleichberechtigung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Darum nur gemacht, die Lehre des Sozialismus wird auch in Pommern verkündet werden und zur Anerkennung gelangen.

Muskan, 16. November. Ich muß einen Irrthum in meiner letzten Correspondenz berichtigen. Wie ich aus guter Quelle jetzt gehört, mußten die Knaben, die auf der Straße Cigarren geraucht hatten, nicht früh von halb 9 bis 12 Uhr und Nachmittags 1 bis 3 Uhr, sondern nur circa zwei Stunden knien. Im Uebrigen ist auch das Knien eine Strafe, die wohl nicht mehr zu Schulstrafen gehört; eine Tracht Prügel (?) wäre dem Körper der Knaben gewiß dienlicher gewesen, als das Knien, wenn man annimmt, daß der Schmerz nach den Prügeln vielleicht zehn Minuten oder eine Viertelstunde gedauert hätte. Man mag es nehmen wie man es will, die Strafe der Knaben war eine harte Züchtigung.

Johanngeorgenstadt (in Sachsen), 10. November. (Zum Gedächtniß.) Sonntag, den 4. November, früh 6 Uhr starb hier unser alter Vorkämpfer für Freiheit und Recht, einer der Pioniere der Arbeiterbewegung in Sachsen, unser Parteigenosse Karl Schneider. Er war erst im 48. Lebensjahre und erlag den Folgen eines Hirnslages. In den 60er Jahren wirkte Schneider in Lugau, wo er den Comiteverein leitete. Nach dem großen Unglücksfall in der „Zundgrube“ wandte sich Schneider an die Leipziger Genossen, bewirkte, daß Liebknecht nach Lugau gerufen wurde, um die Sache zu untersuchen und veranlaßte die Bildung eines zweiten Hilfscomitès. Da das erste Hilfscomité für die Wittwen und Waisen nur sehr unvollständig sorgte, obgleich so vieles Geld einkommen war, so hatte das zweite Comité viel Arbeit und zog sich natürlich auch viel Haß zu. Schneider's Stellung in Lugau wurde unhalbar und er siedelte den 14. April 1868 hierher, nach Johanngeorgenstadt über. Das Glück lächelte ihm aber nicht — er kam um sein ganzes Hab und Gut. Alle seine Versuche, sich ein unabhängiges Geschäft zu gründen, blieben

erfolglos — die Gegner verkehrten nicht nur nicht bei ihm, sondern boten Alles auf, um ihm jede Kundtschaft zu entziehen und ihm die Existenzquelle abzuschneiden. Der unerschütterliche Sozialist ließ sich aber nicht „mürbe machen“. Die Saat, die er hier ausgespreut, lag lange im Boden und schien keine Wurzel fassen zu wollen. Allein jetzt fängt sie an aufzugehen und zu blühen. — Schneider hinterläßt sechs Kinder: einen Sohn, der Soldat in Strahburg, einen zweiten, der vorläufig vom Militär zurückgestellt ist, drei Töchter: eine von 24, eine von 15 und eine von 13 Jahren, und noch einen Sohn von 3 Jahren. Die Familie ist ganz mittellos. In Johanngeorgenstadt hat sie auf keine Unterstützung zu rechnen. Der Gedanke an die Seinigen, denen er nur sein Elend zu vermachen hatte, erschwerte ihm das Sterben.

Friedrich Strobel.

Rechnungs-Abschluß

des
Berliner Central-Wahl-Comitès vom 15. Septbr 1876
bis 15. Septbr. 1877.

Einnahme. Auf 1. Liste M. 86,36; 2. 85,55; 3. 155,97; 4. 272,80; 5. 170,66; 6. 303,30; 7. 184,45; 8. 172,49; 9. 323,36; 10. 297,12; 11. 256,27; 12. 203,61; 13. 156,37; 14. 176,96; 15. 441,00; 16. 199,52; 17. 344,25; 18. 264,45; 19. 90,12; 20. 26,72; 21. 107,87; 22. 212,80; 23. 181,33; 24. 155,35; 25. 200,47; 26. 44,06; 27. 64,25; 28. 33,30; 29. 21,70; 30. 56,50; 31. 650,65; 32. 289,22; 33. 256,16; 34. 224,92; 35. 225,90; 36. 478,89; 37. 179,22; 38. 101,52; 39. 274,45; 40. 278,60; 41. 530,80; 42. 355,89; 43. 355,30. Summa M. 9,490 48. Von den Mitgliedern des Wahlcomitès dem Wahlfonds überwiesen 6,209,93. Summa M. 15,700,41.

Ausgabe. 1) Drucksachen M. 5,830,60; 2) Inzerate 1,307,55; 3) Lokalmieten 1,102,50; 4) diverse Ausgaben, Entschädigungen für Arbeitsversäumnis, Ausgaben an den Wahltagen u. 2,474,77; 5) Wählerlisten, Versendung der Wahlkarten, Porto u. 761,93; 6) für Barmen-Elsfeld 300,00; 7) dem Comité in Hamburg 420,00; 8) für Altona 1. Rate 500,00, 2. Rate 300,00; 9) für Wahltagitation in der Provinz 706,20; 10) allgemeine Agitation 1,844,71. Summa M. 15,548,26.

Rekapitulation.

Einnahme . . . M. 15,700,41
Ausgabe . . . 15,548,26

Bleibt Bestand M. 152,15

Das Wahlcomité:

C. Anders. E. Dastig. H. Eds. C. Greifenberg.
A. Heinrich. A. Keitel. F. Werthmann.

Vorstehenden Rechnungs-Abschluß haben wir geprüft und in allen Theilen für richtig befunden.

Berlin, den 21. Oktober 1877.

Die Revisionscommission.

Gottmann. Wölff. Siegrist. Diekmann.
Stiller. A. Paul.

Quittung

über die für die Berliner Nachwahlen von außerhalb eingegangenen Gelder, welche in der vorstehenden Abrechnung mit einbegriffen sind.

Böcke in Jowraclaw M. 2,30; von Sozialisten in Weimar durch Dornfelder 3,25; gesammelt in Eide's Restaurant v. Jul. Wollon in Rügenberg 5,55; Uhrmacher Wellner in Harzburg 1,50; von dem Harburger Arbeiter-Gewerksverein durch Wellner 5,00; Harburger Arbeiter-Gewerksverein (2. Rate) 10,00; von den Parteigenossen in Stötteritz 5,00; aus Vodenheim durch Daniel Goll 7,00; Expedition der Bremer Fr. Zeitung 18,90; Altona durch Carlsson 6,80; gesammelt von einer Spielgesellschaft in Hannover durch Linde 5,50; Dr. Pauli Rheinar durch Habbich in Leipzig 5,00; durch Heinrich Neumann in Neustadt, Heide 29,800; C. Niemann, Piepto, Paul und Jint in Linden bei Hannover 2,00; D. W. Petersen in Hamburg 7,30; aus Hannover durch W. Knollmann 49,80; von der Schneiderwerkstätte A. Berg in Hildesheim 3,75; von einigen Parteigenossen in Dessau durch Käßiger 2,05; Schusterius in Gumbinnen 1,95; Schumann in Leipzig 3,00; Arbeiterverein Magwitz 1,00; Reginald Neuhausen 10,00; Loeß's Werkstatt in Leipzig 2,50; R. A. A. in Schwarzenbach a. d. S. 3,90; von sechs Gefinnungsgenossen in Offenbach 14,90; vom Comm. Arbeiterbildungsverein in London d. Th. Koll 61,15; von einigen Gefinnungsgenossen in Golln a. Rh. d. Bärsten 6,00; von der Schuhmachergewerkschaft in Offenbach d. Dvorjak 5,00; D. A. in Weislingen 5,00; drei Studenten der Universität Greifswald 3,00; aus Hahndorf bei Bremen d. C. Grope 9,00; Dr. Weinmann in Brandenburg a. d. H. 20,00; gesammelt in der Vaterländischen Schneiderwerkstatt in Bromberg 1,00; Heidelberg K. W. 5,00; aus Bochum d. Dede 3,00; Verein „Kloppst“ in Wilhelmshafen 9,00; W. Rolte in Lünen 1,00; A. Rid in Hamburg 2,50; d. Julius Schäfer in Münsterberg 2,00; d. W. Vogt in Bayreuth 4,50; d. A. R. in Weislingen 5,00; für die Berliner Nachwahlen d. Sch. in Baugen 2,00; d. Habbich in Leipzig 14,25; Wittgensdorf bei Chemnitz d. Alban Spindler 2,90; von Arbeitern der Cigarrenfabrik v. Lutterbed u. Fiedler in Leipzig 2,75; von Rebentisch in Tannenberg d. Habbich in Leipzig 0,50; von Voigt in Halberstadt 5,63; von den Arbeitern der C. Cigarrenfabrik in Leipzig 3,45; von C. F. Jonnenhorn in Leipzig 4,85; C. W. in Gräththal 7,50; H. D. in Hofgeismar 1,00; Genossen in Gohlis 10,00; H. B. daselbst 1,00; Kieß in Leipzig 0,25; von Viesfelder Parteigenossen 32,42; von B. Schandt in Mainz-Gartenfeld 3,00; von drei Schloßern in Leipzig 6,20; ein offpreuß. Lehrer 1,40; von Brendel's Schneiderwerkstatt in Leipzig 6,50; Exped. d. Braunschweiger Volksfreund 10,10; für die Berliner Nachwahl d. G. Borst 6,00; aus Rendsburg d. Wachterhagen 20,00; d. Habbich in Leipzig 9,30; d. denselben 11,00; von A. W. in München d. Habbich in Leipzig 25,00; durch Habbich in Leipzig 3,84; vom Schneiderball in Hannover d. Rudolph 4,50; gesammelt auf der Rindtaufe bei Flügge in Hannover 4,50.

Berlin, den 21. Oktober 1877.

J. A.: C. Anders, Kassirer, Steglitzerstr. 53.

Berichtigung.

Die englischen Citate des Artikels „Eine verschämte Schamlosigkeit“ (Nr. 135) enthalten verschiedene Druckfehler. Auf der 3. Spalte muß es 3. 27 v. n. heißen where statt were; Spalte 4 3. 2 v. o. there statt their, 3. 8 v. o. self statt sell, 3. 18 v. o. thou statt thou; Spalte 5 3. 6 v. o. not statt nos. — Beiläufig bemerkt, ist das Edeleinsche Nachwerk zum größten Theil, wo nicht ganz abgeschrieben, oder richtiger aus verschiedenen englischen Jugenbüchern zusammengepickelt. Nur einige Sprachfehler sind ungewisslich original, z. B. Spalte 3 3. 3 v. u. versed, welches Herr Eds. nach dem französischen veras — ausgehen gebildet hat, während doch ein Zeitwort versen mit der Bedeutung von versen im Englischen nicht existirt. Ebenso finden sich in der englischen Correspondenz in Nr. 130 zahlreiche Druckfehler. Es muß u. A. heißen: Employer and Workmen's

Act Ball Employer and Workmen Acte; County franchise, Ball Country franchise; Labour at home and abroad Ball Labour at home and abroad u. s. w.

Briefkasten.

Der Redaktion. A. in Dessau: Eine derartige Schrift existirt noch nicht; Sie müssen sich mit der sozialistischen Literatur bekannt machen. Ein Schriftenverzeichnis erhalten Sie auf Wunsch von unserer Expedition. Hätten Sie Ihre Adresse angegeben, so würden wir Ihnen sofort eins zustellen lassen. — Einige Genossen in Krakau: An wen sollen wir schreiben? Geben Sie uns eine Adresse! — G. G. in Stuttgart: ad 1 (Format) Nein! ad 2 (Schlüssel) Ja! — y. z. in Jena: Wir haben vom Song of the Shirt schon zwei Uebersetzungen veröffentlicht. Wir wollen es der Red. d. „Neuen Welt“ übergeben. — S. in Wuppertal: Correspondenz vom 1. November zwar erhalten, aber zurückgelegt, weil die Klartheiten des „alten Schäfers Thomas“ für unsere Leser wenig Erheiterndes bieten. — B. in Galt: Wegen des betr. Artikels ist gegen den „Vorwärts“ keine Klage erhoben worden.

Den Parteigenossen zeige ich hiermit an, daß ich meinen Wohnort von Jarocin nach Oshrow verlegt habe.

Jos. Blum.

Der Schneider Rieg aus Württemberg, im Dezember 1876 im Kempten beschäftigt, wird in seinem eigenen Interesse ersucht, eine Adresse an uns einzusenden.

Expedition des „Volkswillen“ Augsburg.

Quittung. Wilmr Ages Newyork Ab. 26,56, Wilmr Ages Newyork Ab. 4,20, Org Zeit Schr. 16,00, Wilmr Berlin Ab. 6,50, Schr. Düsseldorf Ab. 1,00, Bernst Stanislaus Schr. 10,00, Dr. Admont Ab. 1,87, R. Pss Migratiska Ab. 9,50, Ditzsch Stuttgart Ab. 3,00, Orgz Giehn Ab. 4,00, Gebnst Kindenau Schr. 3,50, Schfir Stettin Schr. 3,50, Wilmr Braunschweig Schr. 30,00.

Anzeigen u.

Annoncen für die Mittwoch's-Nummer müssen bis Donnerstag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag's-Nummer bis Mittwoch's-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag's-Nummer bis Freitag's-Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht zugelegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Leipzig. Donnerstag, den 22. November, Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Weinmühlstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die Angriffe auf Vassalle und Marx. Referent W. Hasenclever.

Der Agent.

Bekanntmachung.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei Augsburg (Eingetragene Genossenschaft) befindet sich in Liquidation. Alle Darlehen, welche Forderungen an die Genossenschaft zu machen haben, werden aufgefordert, diese sofort bei der Liquidationscommission anzumelden.

Die Liquidations-Commission.

Ottensen. Arbeiter-Verein. Donnerstag, den 22. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Barmerstr. Salon, 1. Treppe:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung für Monat Oktober. 2. Vortrag über die Ronsdorfer Rede.

J. Overhold.

Duisburg. Theilhaber für eine Buchdruckerei mit dem Vorrath einer sozialistischen Zeitung gesucht. Am liebsten Fachmann mit Vermögen. Näh. durch die Exped.

Im Selbstverlage des Verfassers und zum Parteibezug für Arbeitervereine im alleinigen Commissionsverlage der Mitunterzeichneten ist soeben erschienen:

Die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie.

Ein Wort zum Frieden

von

Carl Scholl in Heidelberg.

2 1/4 Bogen gr. Octav.

Bezugsförderung des Massenvertriebs zum Preise von: M. — 35 bei Entnahme von 100 Exemplaren — 30 — 500 — 25 — 1000 — das Einzelexemplar 45 Pf. — gegen Baareinsendung des Betrags. Porto zu Lasten der Empfänger. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten. Colporteurs erhalten entsprechenden Rabatt.

Carl Scholl in Heidelberg.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Leipzig, Harberstr. 12/II.

Soeben erschien in neuer Auflage und ist durch uns zu beziehen:

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals im Elberfeld-Barmen

von

Joseph Dieken.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine jeder Art passend sind praktisch eingerichtete

Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto bei 1—2 Paar 20 Pfg.; 3 Paar 30 Pfg.; darüber 50 Pfg. Bestellungen sind zu machen bei A. Weib in Hamburg, Rüdigsmarkt 12.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Harberstr. 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.